

Gießener Allgemeine vom 22. September 2012

Für freie Träger der Jugendhilfe wird's ernst

Wegen Haushaltslage Überprüfung aller Angebote in Stadt und Kreis – Bürgermeisterin: Höhere Zuschüsse unmöglich

Gießen (mö). Acht Jahre ist jetzt her, dass sich die freien Träger im Bereich Soziales und Jugend einer Überprüfung ihrer Projekte stellen mussten. Anlass: Das Sparprogramm des Landes »Sichere Zukunft«, das Kritiker damals als »Operation düstere Zukunft« bezeichneten. Jetzt ist es die kommunale Ebene, von der der Spardruck auf die Freien Träger ausgeht. Daher soll mit Blick auf die Haushalte

2014 von Stadt und Kreis eine Überprüfung aller Leistungen stattfinden, die die Träger derzeit noch erbringen. Am Ende soll eine »Prioritätenliste« über jene Angebote stehen, »die vordringlich erhalten werden müssen«, heißt es in einer Vorlage des städtischen Jugendhilfeausschusses, die das Gremium am Donnerstagabend bei seiner Sitzung im Wilhelm-Liebke-Haus beschloss.

Die Unterausschüsse Jugendhilfeplanung und Hilfen zur Erziehung hatten die Initiative ergriffen, nachdem mehrere Träger in Schreiben an Stadt und Kreis darauf hingewiesen hatten, dass die in den Verträgen fixierte Bezuschussung nicht mehr ausreiche, um die Betriebskosten zu decken. Hinzu komme, dass es im Fall eines Beitritts von Stadt und Kreis unter den Rettungsschirm des Landes ohnehin zu einer Überprüfung der Finanzierung aller Einrichtungen und Projekte kommen werde. Um die soziale Infrastruktur in Stadt und Kreis nicht »irreparabel« zu schädigen, sollte man sich auf ein Verfahren verständigen, heißt es in der Vorlage, die zudem ein gemeinsames Vorgehen mit dem Landkreis vorschlägt, da viele Verträge mit den Trägern von Kreis und Stadt gemeinsam abgeschlossen worden seien.

Jugenddezernentin Gerda Weigel-Greilich

(Grüne) betonte, dass eine Ausweitung der Mittel angesichts der Haushaltsauflagen der Kommunalaufsicht und des geplanten Beitritts zum Schuttschirm nicht möglich sei. Daher müsse im Hinblick auf den Haushalt 2014 eine »angebotsorientierte Betrachtung« durchgeführt werden; im Etat 2013 seien noch keine Kürzungen vorgesehen.

Die Debatte im Ausschuss wurde weitgehend von den Vertretern der Stadtpolitik bestritten. »Gast« Michael Janitzki (Linkes Bündnis) gab zu bedenken, dass der Ausschuss mit dieser Vorlage die Tür zu Kürzungen öffne, denn nichts anderes bedeute die Erstellung einer Prioritätenliste. Dem widersprachen die Fachfrauen. Man stimme einem Verfahren zu, um der Politik eine fachlich fundierte Entscheidungsgrundlage zu liefern, und nicht, dass gekürzt wird, hieß es.

Janitzki beklagte, dass stets in den Berei-

chen Soziales und Jugend gespart werde. »Was ist denn mit der Kultur und dem Sport?«, fragte er in Richtung Bürgermeisterin. Weigel-Greilich antwortete, dass »alles auf den Prüfstand kommt«. Auch in anderen Bereichen müsse gespart werden. Mit der Vorlage des städtischen Etatentwurfs 2013 werde das bereits deutlich.

Das stimmberechtigte Ausschussmitglied Dr. Klaus-Dieter Greilich erneuerte die Forderung der FDP nach einer Rückgabe der Jugendhilfe an den Kreis. Dies könnte der Stadt zehn Millionen Euro sparen.

Holger Philipp, Leiter des Jugendamts, sieht keine Alternative zum am Donnerstag bei Enthaltung von Klaus-Dieter Greilich beschlossenen Vorgehen. »Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Viertel aller Kosten des städtischen Ergebnishaushalts auf die Jugendhilfe entfallen«, sagte der Amtsleiter.